

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abt. teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kadett nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturgen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Rückzahlung. Die einseitige Zelle oder deren Raum 15 Pfg., die Reklametexte 45 Pfg. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Rückzahlung. Die einseitige Zelle oder deren Raum 15 Pfg., die Reklametexte 45 Pfg. Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 21

Altensteig, Mittwoch den 27. Januar 1932

55. Jahrgang

Mandschureikonflikt im Völkerbundrat

Genf, 26. Jan. Der Völkerbundrat behandelte sich zum vierten Male seit September mit dem sinesisch-japanischen Konflikt. China wurde durch den chinesischen Botschafter in Washington, Yen, und Japan durch den Gesandten in Brüssel, Sato, vertreten. Paul Boncompagni gab zunächst einen kurzen Überblick über die bisherige Tätigkeit des Völkerbundes in dieser Frage. Der Vertreter Chinas, Yen, stellte in außerordentlich scharfen Formulierungen fest, daß einem ungeheuren Aufwand von Bemühungen des Völkerbundes ein völlig negatives Ergebnis gegenüberstehe. Die Entschleunigung des Rates hätten als Grundlage das feierliche Versprechen Japans, seine Truppen sobald als möglich zurückzuziehen, gehabt. Dieses Versprechen sei gebrochen worden. Die Erwartung, daß die Situation sich nicht verschlimmere, sei durch die japanische Gewaltpolitik, die sich zum Ziele gesetzt habe, die Mandschurei zu annektieren, überholt worden. Der Vertreter Japans erwiderte in Ausführungen, die darin abfielen, daß der Völkerbundrat das Ergebnis der Untersuchungen der von ihm ernannten Untersuchungskommission abwarten solle, am sie demnach zu prüfen und bestritt, daß Japan Eroberungsabsichten in der Mandschurei habe.

Der chinesische Vertreter behielt sich vor, in der nächsten Sitzung einwendend auf die Ausführungen Satos zurückzukommen und bemerkte, Japan sei um eine Begründung seines Vorgehens in der Mandschurei nie verlegen gewesen. Mit erhabener Stimme erklärte er, daß jetzt zum dritten Mal in der jüngsten Geschichte japanische Truppen ein Gebiet besetzt hätten. Der Vorstehende wirts in seinem Schlusswort auf die Ereignisse in Schanghai hin, die er als äusserst ernst bezeichnete. Er richtete an den japanischen und den chinesischen Vertreter den Appell, sich sofort mit ihren Regierungen in Verbindung zu setzen, damit diesen Ereignissen in Schanghai Einhalt geboten werde.

Genf, 26. Jan. Der Völkerbundrat behandelte auch am Dienstag den japanisch-chinesischen Konflikt in einer nichtöffentlichen Sitzung, in der der Vertreter Chinas und Japans nicht anwesend waren. Wie verlautet, unterhielt sich die Ratsmitglieder über die Lage in der Mandschurei und das Verhalten, das der Rat unter Umständen angesichts der neuen Verschärfung anzuwenden hätte.

Sagung des Verwaltungsrates

der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft

Berlin, 26. Jan. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft saß am 25. Januar in Berlin. An der Sitzung nahmen zum ersten Mal die neuernannten Mitglieder, Staatssekretär a. D. Guibrod und Ministerialdirektor Schulze teil. In seinem Präsidenten wählte der Verwaltungsrat wiederum einstimmig seinen bisherigen Präsidenten C. F. von Siemens. Der vorläufige Überblick über die Einnahmewirtschaft im Jahre 1931 ergibt mit 3,842 Milliarden RM. einen Rückgang um 15,2 Prozent gegenüber 1930 und um 28,2 Prozent gegenüber 1929. Mit dem endgültigen Abschluss für 1931 ist für den April zu rechnen. Die Einnahmewirtschaft im Januar 1932 folgte einem über das erwartete Maß hinausgehenden Abfall.

Die steuerfreie Reichsbahnleihe 1931 hat bisher Zeichnungen von rund 245 Millionen RM. ergeben. Bis zum ersten Zahlungstermin, dem 5. Januar 1932, waren davon 56,5 Millionen RM., rund 24 Prozent, eingezahlt. Die auf Grund des Ergebnisses dieser Anleihe vorzunehmenden Maßnahmen sind soweit als möglich herausgegeben worden. Ein Überblick über die Auswirkung der im Dezember beschlossenen Ermäßigung der Gültertarife im veranschlagten Betrage von 300 Millionen RM. läßt sich zur Zeit noch nicht gewinnen. Die Ausgabe von veränderten Sonnenreliefkarten zu Weibnissen hat den Reizevertrieb wesentlich belebt. Die Einnahmen müßten dabei naturgemäß wegen der verbilligten Preise hinter denen des Vorjahres zurückbleiben.

Um die Todesstrafe

Strafrechtsauschuss des Reichstages

Berlin, 26. Jan. Nach langer Debatte, bei der eine nationalsozialistische Erklärung eine besondere Rolle spielte — die Nationalsozialisten und Deutschnationalen blieben der Sitzung fern —, trat der Ausschuss in die sachliche Beratung über das Strafrechtspaket der Todesstrafe ein.

Abg. Geisler (Kom.) begründete den kommunistischen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe.

Abg. Bell (Z.) erklärte: Bei dem abscheulichsten Verbrechen des Mordes glauben wir zur Sicherung von Staat und Gesellschaft auf die Todesstrafe nicht verzichten zu dürfen. Von diesem Standpunkte abzugehen, haben wir auch im Hinblick auf die inzwischen zur Aburteilung gelangten Mordfälle keine Verantwortung.

Von Regierungseite wurde ausgeführt, daß der Entwurf eine wesentliche Einschränkung der Todesstrafe enthalte, da er selbst bei Mord mildernde Umstände zuläßt. Die Verhandlungen des Ausschusses hätten gezeigt, daß praktisch in Deutschland keine Fälle der Vollstreckung einer unbegründeten Todesstrafe bekannt sind.

Reparationskonferenz am 30. Juni?

Die englisch-französische Aussprache

Paris, 26. Jan. Die Beratung der französischen Minister mit dem englischen Botschafter Lord Lothian hat nach Behauptungen verschiedener Pariser Blätter, die Aussicht auf eine französisch-englische Verständigung über die Haltung in der Schuldenfrage eröffnet. Die juristische und technische Seite der Frage sind erschöpfend erörtert worden. Es bleibt nur die politische. Aber gerade diese bildet, wie auch die französische Regierungspreste zugibt, nach wie vor große Schwierigkeiten. Die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen London und Paris besteht sich auf den Umfang und die Dauer eines neuen Zahlungsaufschubs für Deutschland. Laval will offenbar nur ein oder höchstens zwei Jahre ausgeben und nach wie vor auf die geschätzte Schuld verzichten, während er an dem Plan, für die ungeschätzte Schuld die Deutsche Reichsbahn mit einer Anleihe zu belasten, nach immer festhält. Immer wieder wird von Frankreich behauptet, die Reichsbahn befände sich in viel günstigerer Lage als die Eisenbahnen der Südbahnsstaaten.

Was den Zeitpunkt für den Zusammentritt der aufgeschobenen Konferenz anlangt, so soll von England der 30. Juni vorgeschlagen worden sein, ebenso die volle Befreiung Deutschlands von allen Zahlungen für mehrere Jahre. Gegen diese Absicht läßt die französische Regierungspreste abermals Sturm. Vor Mitte nächster Woche ist aber nicht an eine Zusammenkunft Lavals mit Macdonald zu denken. Berlin hat es sogar für möglich, daß Macdonald wegen der Schwierigkeiten im englischen Kabinett zurücktreten wird.

Mit Spannung erwarten die nationalsozialistischen Blätter die am Donnerstag folgende Entscheidung der Bank von Frankreich, ob sie ihren Anteil von 25 Millionen Dollar an dem Kredit für Deutschland belassen will. Bisher ist noch nichts über die Ablicht der Bankleitung durchgefallen, aber die Haltung der nationalsozialistischen Blätter läßt keinen Zweifel darüber, daß sie die Ablehnung der Verlängerung gern begrüßen würden. Man hat aber den Eindruck, daß die Regierung einen solchen Schritt nicht wünscht.

Abg. D. Dr. Kahl (D.Vp.) gab zur Todesstrafe folgende Erklärung ab. Zweimal habe ich den Antrag gestellt, die Todesstrafe durch lebenslanges Zuchthaus mit der Maßgabe zu ersetzen, daß „ein wegen Mordes zu lebenslangem Zuchthausstrafe Verurteilter im Falle einer Begnadigung in Sicherungsverwahrung zu überführen ist“. Ich werde den Antrag in gegenwärtiger Lage nicht wieder aufnehmen. Ich verzichte auf Wiedereinbringung aus Rücksichten auf die allgemeinen Zeitverhältnisse. Die Tötungsdelle an sich haben sich vermehrt, ja stellen, und zeitweise wie ein regelrechtes Mittel im politischen Kampf der Parteien angewachsen. Vor allem aber haben sich der Art nach so schreckliche Mordfälle ereignet, daß einzelne Länder, auch Preußen, dessen Zuständig zu den ausgeprochenen Gegnern gehört, der Anregung der Reichsregierung nicht nachfolgen konnten, sondern sich zur Vollstreckung der Todesstrafe entschließen mußten. Die gegenwärtige Zeitlage ist nicht günstig, ihre Abschaffung ins Auge zu fassen.

Abg. Dr. Marum (Soz.) beantragte Abschaffung der Todesstrafe. Es genüge die lebenslange Einsperrung des asozialen Rechtsbrechers. Die endgültige Entscheidung über die Todesstrafe werde von größter Bedeutung sein für die Stellung der Sozialdemokratie zum Strafrechtswesen im Ganzen.

Abg. Dr. Fischer-Köln (St.V.) war der Ansicht, daß nach den eindrucksvollen Erklärungen des Vorstehenden zur Todesstrafe eine ganz neue Lage geschaffen sei, und daß er angesichts dieser neuen Sachlage mit seiner Fraktion erst Rücksprache nehmen müsse.

Da in der nächsten Woche der Rechtsauschuss über die Justizabteilung wichtige Beratungen abhalten soll, und die Mitglieder des Strafrechtsauschusses meist auch dem Rechtsauschuss angehören, so lehnte man zunächst die Beratung über die Todesstrafe aus.

Landwirtschaftliche Unfallversicherung

Berlin, 26. Jan. Die Rechtsverordnung vom 8. Dezember 1931 hat in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung der Renten aufwand von 57 Millionen RM. um 12 Millionen RM. für das Jahr gemindert. Diese Entlastung rechtfertigt die Erwartung, daß nunmehr alle landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen der Reichspost, welche die Renten ausstellt, rechtzeitig die notwendigen Vorkehrungen überweisen. Erfüllt sich die Erwartung nicht, so wird der Gesetzgeber zuzunehmen sein, die Auszahlung der Renten den sämigen landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen selbst zu überlassen. Bei vielen landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen bilden die landwirtschaftlichen Arbeiter nur einen kleinen Bruchteil der Versicherten. Die Mehrzahl der Versicherten und der Rentenempfänger besteht aus Unternehmern und ihren Angehörigen.

„Abiturienten 1932“

Sofort-Maßregeln zur Unterbreinnung von 45 000 Abiturienten in praktische Lehrstellen

Berlin, 26. Jan. Im Reichsinnenministerium fanden unter Leitung von Minister Erdner Verhandlungen über die berufliche Eingliederung des Abiturientenjahrganges 1932 statt. Unter den zuständigen Ministerialreferenten, die in ihren Berichten ein erschütterndes Zahlenmaterial vorlegten, nahmen u. a. Vertreter der maßgeblichen Wirtschaftsverbände und des Deutschen Studentenwerks an den Besprechungen teil. Man war sich darüber einig, daß zwischen Sofort-Maßregeln für dieses Jahr und einem umfassenden Eingliederungsprogramm für die Zukunft zu scheiden sei.

Um die rund 45 000 Abiturienten, die diesen die höheren Schulen verlassen werden, nicht wie in den vorigen Jahren zu 70 Prozent an einer weiteren Überfüllung der Hochschulen teilhaben zu lassen, sollen alle Arbeitgeber zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsmöglichkeiten für Abiturienten aufgefordert werden.

Bei den Industrieverbänden fanden diese Bemühungen volles Verständnis. Die Durchführung wird dadurch erleichtert, daß mit den starken Abiturientenüberflüssen die wesentlich verminderten Kreisjahrgänge in Volkshäusern und Schülern der mittleren Reife auf den Arbeitsmarkt kommen, so daß auf den praktischen Lehrstellen Raum entsteht für die Abiturienten dieses Jahres.

Einstimmig war man der Ansicht, daß es sich gerade hierbei nur um eine Ausnahmemaßnahme handeln könne, die der im Ganze befindlichen Eindämmung des überhöhten Berechtigungswechsels keinen Abbruch tun dürfte. Zur leichteren Einleitung von örtlichen Besprechungen zwischen den amtlichen Stellen und den regionalen Arbeitgebern wurde ein Ausschuss eingesetzt, der sich noch des weiteren mit dem umfangreichen Material befassen wird. Am Montag ist der erste der beiden Ausschüsse zusammengetreten, bei den Besprechungen im Reichsinnenministerium über die Akademikerfragen eingesetzt worden sind. Dieser Ausschuss steht unter dem Vorsitz des Reichsministers a. D. Hampp; er soll in erster Linie die Möglichkeiten prüfen, die sich für den praktischen Einsatz des Abiturienten bieten.

1600 Abiturienten in Württemberg. Zur Zeit finden in Württemberg an den höheren Lehranstalten die Reifeprüfungen statt. Wenn alle Prüflinge bestehen, werden im Frühjahr 1600 Abiturienten und zwar 1300 männliche und 300 weibliche, von den höheren Schulen abgegeben. Mit dieser Zahl bleibt Württemberg hinter dem Reichsdurchschnitt, der in Württemberg 1800 betragen müßte, erheblich zurück.



Der polnisch-russische Nichtangriffspakt

Moskau, 25. Jan. Der polnische Gesandte Potet und der sowjetrussische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, unterzeichneten vorläufig in Moskau den polnisch-russischen Nichtangriffspakt. Die beiden vertragschließenden Parteien betonen ihren Willen, den zwischen ihnen bereits bestehenden Frieden auszuweiten. Sie stellen weiter fest, daß der Friedensvertrag vom Jahre 1921 weiterhin die Grundlage der gegenseitigen Beziehungen und Verpflichtungen zwischen Polen und der Sowjetunion bildet. Sie erklären, daß keine ihrer bisher eingegangenen Verpflichtungen ein Hindernis in der Entwicklung der friedlichen Beziehungen bildet, noch im Widerspruch mit dem abgeschlossenen Pakt stehen.

In Artikel 1 stellen beide Seiten fest, daß sie in ihren gegenseitigen Beziehungen auf den Krieg als Werkzeug nationaler Politik verzichten und sich gegenseitig verpflichten, sich sämtlicher anstreifenden Handlungen zu enthalten, die die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit der anderen Seite bedrohen.

In Artikel 2 verpflichten sich die beiden Seiten, einem dritten Staat nicht zu Hilfe zu kommen, der einen der vertragschließenden Parteien anzugreifen würde. Sollte einer von den Kontrahenten einen Angriff gegen einen dritten Staat unternehmen, dann steht dem zweiten Kontrahenten das Recht zu, den Pakt ohne vorherige Ankündigung zu kündigen.

In Artikel 3 verpflichtet sich jede der beiden Parteien, an keinen Vereinbarungen teilzunehmen, die als der anderen Partei gegenüber feindselig zu bewerten sind.

Artikel 5 sieht ein Schiedsverfahren vor, für das ein besonderer Vertrag abgeschlossen werden soll.

Nach Artikel 6 soll der Nichtangriffspakt möglichst bald ratifiziert werden.

Nach Artikel 7 wird der Pakt für 3 Jahre abgeschlossen und automatisch für 2 weitere Jahre verlängert, wenn er nicht 6 Monate vorher gekündigt wird.

Jesuitenverfolgung in Spanien

Bis zum letzten Augenblick war es nicht sicher, ob Alcalá Zamora, der kürzlich gewählte spanische Staatspräsident, das Regierungsdekret über die Auflösung des Jesuiten-Ordens unterschreiben wird. Er hat es doch getan und dabei ist es erst wenige Monate her, daß er nach einem vergeblichen Kampf in der Nationalversammlung gerade in dieser Frage das Amt des Ministerpräsidenten niedergelegt hat. Man hätte erwarten müssen, daß er, selbst ein Katholik, seiner damaligen Haltung auch heute treu bleiben würde. Aber die Ereignisse der letzten Tage, die Streiks und die kirchengerichtungen haben ihn zur Nachgiebigkeit veranlaßt. Das Regierungsdekret gegen die Auflösung des Jesuiten-Ordens ist die unmittelbare Folge der Bestimmungen, die die neue spanische Verfassung über die religiösen Orden enthält. Daß von allen religiösen Kongregationen gerade die Gesellschaft Jesu betroffen wurde, erklärt sich aus ihrer besonderen Beschaffenheit.

Der Jesuiten-Orden verlangt nicht nur drei Gelübde — Armut, Keuschheit, Gehorsam gegen den Oberen — wie alle anderen Kongregationen, sondern darüber hinaus noch ein viertes, über die drei kanonischen hinausgehendes, nämlich das Gelübde des unmittelbaren Gehorsams gegen Befehle des Papstes. Die Jesuiten sind direkt dem Papst und ihrem eigenen „General“ unterstellt. Daran glaubt das heutige Spanien Anstoß nehmen zu müssen.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Gesellschaft Jesu in Spanien unterdrückt wird. Schon früher einmal wurde der Jesuiten-Orden in Spanien verfolgt. König Karl der Dritte hat die Jesuiten im Jahre 1767 aus dem Lande verbannt. Hiermit wurde für die spätere Zeit ein Präzedenzfall geschaffen. So wurden die Jesuiten im Jahre 1820 aus Katalanien und 1901 aus Frankreich ausgewiesen. Die Ausweisung der Jesuiten aus Deutschland erfolgte 1862 durch das Reichsgesetz vom 4. Juli, das als Jesuiten-Gesetz bezeichnet zu werden pflegt. Zweiunddreißig Jahre später wurden die Jesuiten in Deutschland als Privatpersonen zugelassen. 1917 wurden schließlich sämtliche Einschränkungen gegen die Gesellschaft Jesu aufgehoben.

Das Jesuiten-Dekret hat in einzelnen Provinzen Spaniens, besonders im Basken-Land und in dem autonomen Katalanien Erregung hervorgerufen. Es ist anzunehmen, daß das Problem der religiösen Kongregationen überhaupt und das Jesuiten-Problem im besonderen der spanischen Regierung noch viel zu schaffen machen wird.

Pius XI. über die Lage der katholischen Kirche

Rom, 25. Jan. Papst Pius XI. brachte in einer Ansprache wieder seinen tiefen Schmerz über die Lage der katholischen Kirche in Rußland, Mexiko und Spanien zum Ausdruck. Die Auflösung des Jesuitenordens und die Konfiszierung seiner Güter in Spanien sei ein neues trauriges Ereignis. Der Papst hob die Verdienste der Gesellschaft Jesu in Spanien hervor und bezeichnete ihre spanischen Missionare als Märtyrer für den Papst und für die Ehre des Erzhofes.

Die Jesuiten verlassen Spanien

San Sebastian, 26. Jan. Die Zentrale der spanischen Jesuiten-Ordens in San Ignacio de Logola ist seit Sonntag geschlossen. Die Ordensmitglieder haben sich zur Abreise nach Belgien bereit gemacht.

Der Krieg im Osten

Japanische Kriegsschiffe nach China beordert

Tokio, 26. Jan. Mehrere japanische Kriegsschiffe haben den Befehl erhalten, sich nach China zu begeben. Man vermutet, daß ihr Bestimmungsort Schanghai ist.

Die Lage in Schanghai

Schanghai, 26. Jan. Die Lage in der Stadt ist ruhig, aber gespannt. Chinesische Truppen haben sich im Weichbild der Stadt verschanzt.

Schwere Zwischenfälle in Chasbin

Tokio, 26. Jan. Der Kommandant des Bahnzuges der Ostchinesischen Eisenbahn nach Jinsen ist in das Chinesenviertel von Chasbin eindringen. 30 chinesische Polizisten und 20 Zivilpersonen sollen getötet worden sein. Außerdem sollen die Truppen den ganzen Stadtteil anzündet haben. Das Vorgehen des

Kommandanten entspricht anscheinend der Verärgerung darüber, daß sich die britischen chinesischen Truppenbefehlshaber über seinen Kopf hinweg mit dem Gouverneur der Provinz Kiän verständigt haben.

Der neue chinesische Außenminister

Nanking, 26. Jan. Der stellvertretende Vorsitzende des Exekutivrates und Verkehrsminister, General Tschenningshu, ist zum Minister für auswärtige Angelegenheiten ernannt worden.

Neues vom Tage

Hitler spricht vor der Industrie

Düsseldorf, 26. Jan. Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, hielt heute hier im Industrieklub vor Vertretern der rheinisch-westfälischen Industrie einen Vortrag. Da die Presse zu dieser Veranstaltung nicht zugelassen war, kann über den Inhalt der Ausführungen zunächst nichts gemeldet werden.

Bank von England zahlt amerikanische und französische Kredite zurück

Paris, 25. Jan. Wie Havas berichtet, wird die Bank von England am 1. Februar den Rest der Kredite zurückzahlen, die am 1. August von der Federal-Reserve-Bank und der Bank von Frankreich bewilligt worden waren. Es handelt sich um zwei Kredite von je 25 Millionen Pfund Sterling. Am 1. November war bereits eine Rückzahlung von 10 Millionen Pfund Sterling erfolgt, jedoch sich der Rest auf je 15 Millionen Pfund Sterling beläuft. Durch diese Rückzahlung wird der Goldbestand der Bank von England nicht geschmälert.

Tod des Pharmakologen Dr. Bornstein

Homburg, 26. Jan. Der Pharmakologe Dr. med. Arthur Bornstein, ein Gelehrter von internationalem Ruf, ist in Bad Dinslaken, wo er Untersuchungen über die Heilwirkung der dortigen Quellen vornahm, im Alter von 51 Jahren an einem Herzschlag gestorben.

12 Todesopfer des Walliser Bergwerksunfalls

London, 26. Jan. Auf dem Vionnola-Bergwerk in Südwales, wo sich eine schwere Katastrophe ereignete, sind weitere 7 Tote geborgen worden. Die Zahl der getöteten Bergleute ist damit auf 11 gestiegen. Der Walliser Tenor John Evans, der sich an den Rettungsarbeiten freiwillig beteiligte, erlitt eine Gasvergiftung, der er erliegen ist.

Über 1000 Menschen bei den kommunistischen Unruhen in El Salvador getötet?

Neussorf, 25. Jan. Evonina Sun berichtet, unbekanntes Privatmeldungen aus San Salvador zufolge, seien bei den kommunistischen Unruhen am Samstag im Landesinneren über 1000 Menschen getötet worden. Zahlreiche Bombenanschläge seien auf öffentliche Gebäude verübt worden. Infolge der schlechten Verbindungen mit dem Landesinneren seien nur wenige Einzelheiten bekannt. Die Regierung soll jedoch die Situation beherrschen.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 27. Januar 1932.

Handelstammerwahl. Morgen Donnerstag, den 28. Januar 1932, findet auf den Rathhäusern in Altensteig, Ragold und Wildberg die Wahl von Handelstammermitgliedern auf weitere sechs Jahre statt. Es scheiden aus die Herren: Eugen Dreß, Kaufmann in Calw, Paul Schmid, Kaufmann in Ragold, Otto Böhringer, Fabrikant in Freudenstadt und Wilhelm Riethammer, Kaufmann in Herrenberg. Die Auscheidenden sind wieder wählbar. In Anbetracht der Wichtigkeit der Vertretung von Handel und Industrie durch besonders geeignete Persönlichkeiten sei auch an dieser Stelle auf die morgen stattfindende Wahl hingewiesen.

Beförderung von „Postkästen“ mit Kraftwagen. Ab 1. Februar 1932 werden Postsendungen als „Postkäst“ zur Beförderung von Waren jeder Art ohne Lösung eines Fahrscheines zugelassen. Höchstgewicht 20 Kg. Wertangabe, Nachnahme und Dringend ist nicht zulässig. Begleitpapiere sind nicht erforderlich. Die „Postkäst“ sind beim Kraftwagenführer anzuliefern und vom Empfänger bei der vereinbarten Haltestelle abzuholen. Das Poststück muß mit einer gut lesbaren Aufschrift versehen sein und außer der Anschrift auch den Namen und Wohnung des Abnehmers tragen. Die Beförderungsgebühr beträgt für jedes Poststück ohne Rücksicht auf die Entfernung bei einem Gewicht bis 10 Kg. 25 Rpf., bis 20 Kg. 50 Rpf. Umladungen oder Uebergang auf eine andere Kraftwagenlinie ist ausgeschlossen. Als Beförderung für die bezahlte Gebühr erhält der Aufnehmer vom Kraftwagenführer für jede Sendung einen oder zwei Gepäckscheine im Wert der erhobenen Gebühr. Die Post hatet für Poststücke wie für Pakete.

Calw, 27. Januar. In den letzten Tagen fand unter der Leitung von Gartenbaurath Hiller von der Landwirtschaftskammer ein zweitägiger Fortbildungskurs für Baumwärtler statt. An dem Kurs beteiligten sich 25 Baumwärtler. Es war zu bedauern, daß einige größere Gemeinden keinen Vertreter aufzuweisen hatten. Der Kursleiter machte zunächst Ausführungen über den Zweck des Kurses. Der Kurs soll der Förderung und Pflege des Obstbaus und sodann zu einer guten Arbeitsleistung und deren Würdigung für die Baumwärtler führen. Das Hauptgewicht des Kurses wurde deshalb auf die Ausführung praktischer Arbeiten gelegt. Jeder Baumwärtler kam an die Reihe und mußte an dem Baum seine Arbeit erproben. An beiden Tagen wurden praktische Arbeiten im Schnitt, in der Aussichtung, in der Behandlung neu gelegter, umgepflanzter und abzumerkender Bäume, sowie in der Behandlung von Alleenbäumen und Gehölzen ausgeführt. In die Aussichtung der praktischen Arbeiten schloß sich an Ort und Stelle sowie im Lokal eine Vortrags- und nachfolgender Aussprache an. Die Beteiligung von dem Vorstand des Bezirksobstbauvereins, Oberpräzeptor Bändle, wurde lebhaft begrüßt und hierbei das gute Zusammenwirken zwischen dem Verein und dem Baumwärtlerstand hervorgehoben. Der Verlauf des Kurses hat gezeigt, daß ein solcher notwendig ist und auf den Obstbau sehr anregend wirkt.

Calw, 25. Januar. Die Maulwürfe treten in diesem Jahr so massenhaft auf wie schon seit Jahren nicht mehr. Auf den Wiesen reißt sich Hügel an Hügel, so daß diese wie Acker aussehen. Dem Ueberhandnehmen der im allgemeinen nützlichen Tiere wird jetzt vorgebeugt. Hunderte von Tieren sind schon von mehreren Maulwürfwängern gefangen und ihre Schwänze an die Stadtpflege abgeliefert worden. Die Felle, die in den Kriegsjahren sehr hoch bezahlt wurden, haben gegenwärtig nicht den geringsten Wert. Für jedes abgelieferte Tier werden 20 Pfennig bezahlt.

Calmbach, 25. Januar. Schon zum zweitenmal wurde ein hiesiges Mädchen aus dem kalten Eiszwasser gezogen und vor dem Freitod bewahrt. Man sagt zwar, es sei ihr nicht so wichtig mit dem Ertrinken und sie sei dankbar für ihre jeweilige Errettung, aber immerhin stand sie in der Morgenröthe des Montag bis zum Halbe im Wasser, als sie ihre Hüftere austandte, die denn auch von Enzanwohnern gehört wurden. Nachdem die Kleider einigermaßen trocken waren, konnte sie den Heimweg antreten. Die Motive des Lebensüberdrußes sind nicht recht erklärlich, nachdem sie in der Sonntagnacht noch spät auf dem Tanzboden gehten wurde.

Birkenfeld, 25. Januar. (Mord und Selbstmordver such.) Am Samstagnachmittag gab der Kaufmann Steinfeld auf seine geschiedene Frau beim Verlassen einer Konditorei einen Schuß ab, durch den die Frau schwer verletzt wurde. Sie starb kurz nach ihrer Einlieferung in das Krankenhaus. Der Mörder ergriff nach der Tat die Flucht und jagte sich beim Erscheinen der Polizei eine Kugel in den Kopf, die ihn lebensgefährlich verletzte.

Feldrennau, 26. Januar. (Schulzusammenlegung abgelehnt.) Auf Veranlassung des Kultusministeriums wurde vom Evangelischen Oberschulrat in Stuttgart angeordnet, daß wegen der Zusammenlegung der Schule in Pfingweiler mit der Schule in Feldrennau in Verbindung mit den beteiligten Gemeinden eingetreten werden soll. Ortschulrat und Gemeinderat hatten nun in den letzten Tagen je in besonderen Sitzungen zu dieser Frage Stellung genommen. Beide Behörden waren sich darüber einig, daß die Zusammenlegung in schultechnischer Hinsicht zu begrüßen wäre, in finanzieller Hinsicht dagegen überließ der Ortschulrat dem Gemeinderat die Entscheidung. Der Gemeinderat kam nach eingehender Beratung einstimmig zu dem Beschluß, die Zusammenlegung unbedingt abzulehnen, da sie nur eine sehr geringfügige Entlastung der Gemeinde bedeute, der gegenüber den Eltern von Pfingweiler Schulfinder wesentliche private Kosten für Schule, Kleidung und Wegausstattung zugemutet werden müßte. An den Abbau einer Lehrstelle ist dabei nicht gedacht. Um so leistungsfähiger würde es wirken, wenn Lehrer und 65 Schüler zugemutet werden wollte, zwei Kilometer über Feld zu gehen, während in Pfingweiler ein Schulhaus mit zwei gut ausgestatteten Schulklassen leer stehen bliebe.

Rahß, 26. Januar. Gestern verunglückte Johannes Schäufele und sein Sohn schwer beim Abfahren von Hopfenstangen. In einem engen Hohlweg der Altinger Steige konnte infolge Versagens der Bremse der Wagen nicht mehr angehalten werden, und beide wurden von dem beladenen Wagen überfahren. Zu allem Unglück mußten sie fast eine Stunde liegen bleiben, bis auf ihre Hilfe rufe hin Leute im Feld auf sie aufmerksam wurden und sie heimbringen konnten. Der Vater, dem die Räder über Brust, Arm und Bein gingen, liegt nun in der Tübinger Klinik schwer darnieder. Der Sohn kann mit seinem Knöchelbruch zu Hause behandelt werden.

Stuttgart, 26. Jan. (Würt. Landestheater.) Am Sonntag, 31. Januar, erscheint Restrops „Lumpachvogel“, die klassische Gesangsposse, die hier seit acht Jahren nicht mehr gegeben wurde, in neuer Inszenierung auf dem Spielplan.

Zur Elektrifizierung. Wegen Vorarbeiten für die Elektrifizierung der Strecke Stuttgart—Ulm muß zwischen Reichenbach (Jils) und Ebersbach (Jils) zeitweise eingetragener Betrieb eingerichtet werden. Zu dessen Durchführung müssen vom Montag, den 1. Februar 1932 an, auf vorausichtlich vier Wochen verschiedene Personenzüge 4 bis 6 Minuten früher verkehren.

Schon wieder ein Opferstod geplündert. In der Nacht zum Sonntag wurde die Herz-Jesu-Kirche von Einbrechern heimgesucht. Die Täter zerstückelten einen Opferstod und plünderten ihn. Es fielen ihnen etwa 10 bis 15 RM. in die Hände. Sie entlamen unerkannt.

Der neue Präsident der Oberpostdirektion. Zum Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Präsidenten der Oberpostdirektion, Dr. Megger, ist nunmehr der jetzige Abteilungsleiter Oetinger, der bisher schon Stellvertreter des Präsidenten gewesen war, vom Reichspräsidenten endgültig ernannt worden.

Ehlingen, 26. Jan. (Betriebsunfall.) Der in einer mechanischen Wagerei hier beschäftigte 20 Jahre alte Karl Gengenbach von Rohrau wurde von einem Hauptriemen erfasst und so unglücklich zur Seite geschleudert, daß der Tod sofort eintrat.

Sontheim O.A. Heilbronn, 26. Jan. (Zeichen der Zeit.) Eine Freitodpflanze scheint in den letzten Tagen hier einzureifen. Beinahe jeden Tag wird ein neuer Freitodversuch bekannt. Innerhalb acht Tagen sind es nun vier Fälle, wovon einer tödlich verlief, die anderen konnten noch rechtzeitig entdeckt und verhindert werden.

Ringshau O.A. Biberach, 25. Jan. (Brand.) Zum zweiten Male innerhalb drei Wochen brannte es in unserer sonst so ruhigen Gemeinde. Am Samstagabend entstand in dem Oekonomiegäude des Bürgermeisters und Landwirts Handgretlinger ein Brand, der sich mit riesiger Schnelligkeit über das ganze Anwesen verbreitete und es vollständig einäscherte. Der Viehbestand und einiges Mobiliar konnte gerettet werden. Die Brandursache wird in einem Kurzschluß gesucht.



Die Landwirtschaftskammerwahlen vom Sonntag

Der Verlauf der Landwirtschaftskammerwahlen war im ganzen Lande ruhig. Ein eigentlicher Wahlkampf, wie wir ihn von politischen Wahlen her kennen und wie er in letzter Zeit auch bei den Wahlen zu den Landwirtschaftskammern in Nord- und Mitteldeutschland zwischen Nationalsozialisten und Berufsständischen Vertretungen stattfand, ging unserer Landwirtschaftskammerwahl nicht voraus. Es ist das sehr erfreulich, denn Politik hat in der Landwirtschaftskammer nichts zu suchen. Der Landwirtschaftl. Hauptverband hatte sich vorher, um derartige unliebsame Auseinandersetzungen zu vermeiden, mit den Nationalsozialisten verständigt und einige Vertreter der Nationalsozialisten aufgenommen. Auf dem Wahlvorschlagn für jeden Wahlbezirk standen zwei Vertreter der Nationalsozialisten und im Wahlbezirk 1 bis 3 (Jagdkreis) 3 Vertreter. Nur die Kommunisten hatten besondere Wahlvorschläge, sowohl für Landwirte als auch für landwirtschaftliche Arbeiter, eingereicht. Der für Landwirte trug das Kennwort „Komitee werktätiger Bauern“ und der für die landwirtschaftlichen Arbeiter „Einheitsliste der Land-, Forst- und Gärtnereiarbeiter“.

Die Wahlbeteiligung hätte durchweg besser sein dürfen. Im Vergleich mit den Wahlen vor sechs Jahren war die Wahlbeteiligung bei den Landwirten stärker im Wahlkreis 3 und 4, etwa gleich im Wahlkreis 2 und geringer im Wahlkreis 1 und 4, etwa gleich in 2 und 3.

Die Kommunisten werden nach dem Abstimmungsergebnis leer ausgehen. Interessant ist, daß die Kommunisten auf dem Lande sehr wenig Anhänger haben. Sie haben sich bei dieser Gelegenheit in die Karten jehen lassen und die zeigen, daß ihre viel gerühmte Anhängerzahl in kleinbäuerlichen Kreisen bis jetzt noch klein beieinander ist. Vielleicht leben sie langsam ein, daß es zwecklos ist, unsere schwäbischen Bauern das Märchen vom „russischen Sowjetparadies“ zu erzählen.

Die auf die einzelnen Bewerber entfallenden Stimmenzahlen können erst später festgestellt werden. Erst dann läßt sich übersehen, ob und wie viel Vertreter der Nationalsozialisten gewählt sind. Große Veränderungen wird es aber in der Zusammenziehung voraussichtlich nicht geben. Die bisherigen Führer der Landwirtschaftskammer, wie Hermann-Blaufscheidt, Vogt-Gochjen, Dr. Franz-Oberlimpurg, Hege-Hoheneuch, Oekonomierat Feiner-Reichhaus, W. Singer-Burgholz, Treiber-Schäichhof, Dingler-Calm, Siegel-Viehenegg, der bisherige Präsident Adorno-Kaltenberg und Landesökonomierat Schmid-Ulm, von den Arbeitnehmern Brodbeck-Hohenheim und Desterlen-Unterjettingen werden voraussichtlich wieder kommen.

Die durch diesen Wahlgang gewählten 60 Mitglieder (48 Landwirte und 12 landwirtschaftliche Arbeiter) wählen in der Vollversammlung noch 6 Vertreter der Forstwirtschaft, 2 Vertreter des Gartenbaues und 1 Vertreter der landwirtschaftlichen Angestellten. Außerdem ist die Kammer berechtigt, bis zu 11 weitere Mitglieder zuzuwählen. Hoffen wir, daß auch die neugewählte Landwirtschaftskammer erfolgreiche Arbeit zum Wohl unserer schwäbischen Landwirtschaft leisten möge. Ein gutes Vorzeichen ist die bei der Wahl bewiesene Einigkeit.

Resultat der Landwirtschaftskammerwahl des Bezirkes Nagold

Nagold, 27. Januar. Die am Sonntag stattgefundene Landwirtschaftskammerwahl im Bezirk Nagold hatte folgendes Resultat: Von 2821 wahlberechtigten Landwirten haben 1192 abgestimmt. Ungültige Zettel waren es 25, gültige 1167. Davon gaben 1160 den Stimmzettel des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes mit insgesamt 13 914 Stimmen ab. 7 Stimmzettel wurden für „Komitee werktätiger Bauern“ (Kommunisten) mit 84 gültigen Stimmen abgegeben. Von 520 wahlberechtigten Arbeitern haben 152 abgestimmt. Ungültige Zettel waren es 8, gültige 144. Für den Wahlvorschlagn „Deutscher Landarbeiterverband“ wurden 136 Stimmzettel mit 408 Stimmen abgegeben, für den Wahlvorschlagn „Einheitsliste der Land-, Forst- und Gärtnereiarbeiter (Kommunisten)“ 8 Stimmzettel mit 24 Stimmen.

Calw, 26. Januar. (Vorläufiges Ergebnis der Landwirtschaftskammerwahlen im Bezirk Calw.) Bei den am Sonntag stattgehabten Wahlen zur Württ. Landwirtschaftskammer gaben in den Bezirksgemeinden des Oberamts Calw von 2810 wahlberechtigten Landwirten 1356 gleich 48,2 Prozent ihre Stimme ab. Gültig waren 1344 Stimmzettel; unguiltig 12. Auf Wahlvorschlagn 1 (Landw. Hauptverband) wurden 1289 Stimmzettel mit 15 426 Stimmen, auf Wahlvorschlagn 2 (Komitee werktätige

Aus dem Gerichtssaal

Der Prozeß Jöppry

Elmangen, 26. Jan. Am 27. Januar beginnt vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Elmangen der Strafprozeß gegen Dr. Rudolf Jöppry. Nicht weniger als 40 Zeugen vom In- und Ausland sind zu diesem Riesensprozeß geladen. Zur Begutachtung der in diesem Prozeß auftretenden zahlreichen und schwierigen Fragen auf dem Gebiete der kaufmännischen Buchführung sind vier Sachverständige beigezogen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Kern. Als Beisitzer fungieren Landgerichtsrat Frenkel und Amtsgerichtsrat Raidt (Berichterstatter). Erklärt ist Landgerichtsrat Braig. Die Anklage wird vertreten von Oberstaatsanwalt Sotel und Staatsanwalt Kemper. Als Verteidiger des Angeklagten wird erschienen Professor Dr. Max Woberg-Berlin. Die Ende des Jahres 1929 die Nachricht durch die Blätter ging, die Firma Jöppry, Wollboden- und Schußstoff-Fabrik in Mergelstetten O.A. Heidenheim, das bedeutendste und älteste Unternehmen dieser Art auf dem Kontinent — im Jahre 1928 feierte die Firma das Jubiläum ihres 100jährigen Bestehens —, habe die Zahlungen eingestellt, ist nun dieses wie eine Bombe ein. Bereits am 6. November wurde Dr. Rudolf Jöppry, der geschäftsführende, persönlich haftende Gesellschafter der Firma Gebrüder Jöppry, festgenommen. Die Untersuchungsgehalt dauerte zunächst bis 9. April 1930, an welchem Tage Dr. Jöppry gegen Sicherheitsleistung in Form von Bürgschaft in Höhe von 50 000 RM. von der Untersuchungsgehalt versetzt und freigelassen wurde. Auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft beschloß das Oberlandesgericht Stuttgart am 28. April 1930 die

Wauern) 56 Stimmzettel mit 652 Stimmen abgegeben. Von 717 wahlberechtigten landwirtschaftlichen Arbeitern stimmten 197 gleich 27,4 Prozent ab. Die Zahl der gültigen Stimmzettel betrug 174, der unguiltigen 23. Auf Wahlvorschlagn 1 (Deutscher Landarbeiterverband) entfielen 171 Stimmzettel mit 602 Stimmen, auf Wahlvorschlagn 2 (Einheitsliste der Land-, Forst- und Gärtnereiarbeiter) 3 Stimmzettel mit 9 Stimmen. Das endgültige Wahlergebnis dürfte nicht vor Ende dieser Woche festgestellt sein.

Freudenstadt, 26. Januar. (Wahlergebnis der Landwirtschaftskammerwahl im Oberamtsbezirk.) Wahlberechtigte Landwirte 2043. Abgestimmt haben 718, davon unguiltig 4, gültig 714. Von den gültigen Stimmzetteln sind entfallen: 1. auf den Wahlvorschlagn des Landwirtschaftl. Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern, e. V., 712 Stimmzettel, mit 8491 gültigen Stimmen; 2. auf den Wahlvorschlagn „Komitee werktätiger Bauern“ 2 Stimmzettel mit 24 gültigen Stimmen. Wahlberechtigte landwirtschaftliche Arbeiter 1356. Abgestimmt haben 395, davon unguiltig 13, gültig 382. Von den gültigen Stimmzetteln sind entfallen: 1. auf den Wahlvorschlagn „Deutscher Landarbeiterverband, Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer, Landwirtschaftlicher Hauptverband“ 376 Stimmzettel mit 1113 gültigen Stimmen; 2. auf den Wahlvorschlagn „Einheitsliste der Land-, Forst- und Gärtnereiarbeiter“ 6 Stimmzettel mit 18 gültigen Stimmen. Wahlbeteiligung der Landwirte 35 Prozent, der landwirtschaftlichen Arbeiter 30 Prozent.

Gesamt-Stimmresultate

1. Wahlbezirk, Oberamtsbezirke Aalen, Bejaheim, Bradenbeim, Crailsheim, Elmangen, Gaildorf, Gerabronn, Gmünd, Heilbronn, Künigsau, Mersingen, Redersheim, Keresheim, Döhringen und Weilsheim.

Landwirte: Wahlberechtigt: 48 484. Abgestimmt haben 20 787. Zahl der gültigen Stimmzettel: 20 640; davon entfallen a) auf den Wahlvorschlagn „Landw. Hauptverband“: 20 572, b) Wahlvorschlagn „Komitee werktätiger Bauern“: 68.

Arbeiter: Wahlberechtigt: 12 153. Abgestimmt: 2157. Gültige Stimmzettel: 1944; davon entfallen a) auf den Wahlvorschlagn „Deutscher Landarbeiterverband, Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer, Landw. Hauptverband“ 1942, b) Wahlvorschlagn „Landw. Arbeiter des Wahlbezirks 1 (Weiland)“: 2.

2. Wahlbezirk, Oberamtsbezirke Badnau, Böblingen, Ehlingen, Göppingen, Kirchheim u. T., Leonberg, Ludwigsburg, Marbach, Maulbronn, Münsingen, Schorndorf, Stuttgart-Km., Weilsingen a. E., Waiblingen und Stuttgart-Stadt.

Landwirte: Wahlberechtigt: 43 667. Abgestimmt haben: 17 676. Gültige Stimmzettel: 17 592; davon entfallen a) auf den Wahlvorschlagn „Landw. Hauptverband“ 17 255, b) „Komitee werktätiger Bauern“ 327.

Arbeiter: Wahlberechtigt: 4054. Abgestimmt: 717. Gültige Stimmzettel: 621; davon a) „Deutscher Landarbeiterverband usw.“ 554, b) „Einheitsliste der Land-, Forst- und Gärtnereiarbeiter“ 67.

3. Wahlbezirk, Oberamtsbezirke Balingen, Calw, Freudenstadt, Herrenberg, Herb., Münsingen, Nagold, Neuenbürg, Oberndorf, Reutlingen, Rotenburg, Roitweil, Spaichingen, Sulz, Tübingen, Tuttlingen und Urach.

Landwirte: Wahlberechtigt: 46 682. Abgestimmt: 20 006. Gültige Stimmzettel 19 877; davon a) „Landw. Hauptverband usw.“ 19 820, b) „Komitee werktätiger Bauern“ 257.

Arbeiter: Wahlberechtigt: 7348. Abgestimmt: 1920. Gültige Stimmzettel: 1786; davon a) „Deutscher Landarbeiterverband usw.“ 1750, b) „Einheitsliste usw.“ 36.

4. Wahlbezirk, Oberamtsbezirke Eberach, Blaubeuren, Ehlingen, Geislingen, Heidenheim, Laubheim, Reutlich, Ravensburg, Riedlingen, Söulsaau, Teitnau, Ulm, Waldsee und Wangen.

Landwirte: Wahlberechtigt: 38 246. Abgestimmt: 18 678. Gültige Stimmzettel: 18 525; davon a) „Landw. Hauptverband usw.“ 18 492, b) „Komitee werktätiger Bauern“ 33.

Arbeiter: Wahlberechtigt: 14 493. Abgestimmt: 2988. Gültige Stimmzettel: 2775; davon a) „Deutscher Landarbeiterverband usw.“ 2761, b) „Einheitsliste usw.“ 14.

Ergebnisergebnis: In allen vier Wahlbezirken sind sämtliche Sätze der Landwirte auf die Wahlvorschlagn „Landwirtschaftl. Hauptverband Württemberg und Hohenzollern“ und der landwirtschaftlichen Arbeiter auf die Wahlvorschlagn „Deutscher Landarbeiterverband, Reichsverband ländl. Arbeitnehmer, Landw. Hauptverband“ entfallen. Die Wahlvorschlagn der Kommunisten waren also allenfalls erfolglos.

Die auf die einzelnen Bewerber entfallenden Stimmenzahlen können erst festgestellt werden, nachdem die Wahlakten bei der Landeswahlkommission eingegangen und die Ergebnisse zusammengefaßt sind, was in einer Sitzung am 5. Februar erfolgen wird.

Wiedervergattung von Dr. Jöppry. Am 11. September 1930 wurde er endgültig gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 75 000 RM., wiederum in Form von Bürgschaften, freigelassen. Er war also fast zehn Monate in Untersuchungshaft. Das Verfahren wurde wegen Konfuzsvergehens, Betrugs und Untreue geführt. Der Angeklagte hat im Jahre 1929 durch gefälschte Bilanzen den Stand seiner schon lange mit Verlust arbeitenden Firma als gut dargestellt und damit hohe Kredite von mehreren Banken des In- und Auslandes erlangt. Auch hat er Käufstände, die er einer Gläubigerin abgetreten und für diese einzulösen hatte, zum Vorteil seiner Firma eingezogen. Der Schaden wird auf 3 Millionen RM. geschätzt. Ueber die Liquidation der Kommanditgesellschaft Jöppry wurden langwierige Verhandlungen geführt. Es kam schließlich zu einem Vergleich, bei dem im wesentlichen die kleinen Gläubiger ganz befriedigt, die großen mit 30 Prozent abgefunden wurden. Das Konsortium der Hauptgläubiger übernahm die Fabrik unter Schaffung einer A.G. Die Familie Jöppry wurde vergleichsmäßig abgefunden. Dr. Jöppry selbst ist heute im wesentlichen vermögenslos. Für die Dauer des Prozesses sind drei Wochen in Aussicht genommen. Die Aktegeschicht umfasst 150 Seiten.

Dr. Göbbels wegen Zeugnissverweigerung zu 500 RM. Geldstrafe verurteilt

Berlin, 26. Jan. Im Heildorf-Prozeß wurde Dr. Göbbels wegen Verweigerung seiner Aussage zu einer Ordnungsstrafe von 500 RM. und zur Tragung der entstandenen Kosten verurteilt.

Ulm, 26. Jan. (Blaubeurerortbrücke.) Oberbürgermeister Dr. Schwammberger verbreitete sich im Gemeinderat über die Frage der Erstellung der neuen Donau-Brücke. Der Gesamtaufwand wird mit 1,4 Millionen angegeben. Die Reichsbahnverwaltung trägt an den Kosten 30 Prozent. Die Stadt wäre sonach mit 940 000 RM. beteiligt. Nach langer Debatte fand sich eine Mehrheit für die Ausführung unter dem Vorbehalt, daß die Finanzierung keine Schwierigkeiten macht.

Aus Bayern, 26. Jan. (Totengräber verkauft.) Ein Grabschreiber in einem Dorf bei Augsburg wurde vom Gericht in Straubing wegen sorgloser Diebstahls zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte alte, der Friedhofsverwaltung gehörige Grabsteine lange Zeit hindurch verkauft und sich auf diese Weise eine hübsche Summe Geld verdient.

Aus Baden

Freiburg i. Br., 26. Januar. (Ein arbeitsloser Hahn.) Ein Weiblicher in einem Dorf bei Freiburg mußte jüngst, als er seinen Hühnerhof betrat, die unangenehme Entdeckung machen, daß sein Hühnerbestand über Nacht ausgeplündert worden war. Sein ganzer Hühnerbestand aus zwölf Stück war verschwunden, nur den Hahn hatten die Diebe zurückgelassen und ihm einen Zettel umgehängt, auf dem geschrieben stand: arbeitslos. Zwei weitere Zettel enthielten folgende Aufschriften: Du bist Gottes Diener, was brauchst Du 12 Hühner. — Gottes Aug' ist überall, nur nicht in Deinem Hühnerstall. — Der Vorfall wird in Freiburg viel besprochen und besprochen. An den Stammtischen erzählt man sich, daß der arbeitslose Hahn nun wohl auch stempeln gehen müsse.

Heidelberg, 25. Januar. (26 000 Zahlungsbefehle.) Dem Heidelberger Tagblatt zufolge wurden im Jahre 1931 beim Amtsgericht Heidelberg 26 000 Zahlungsbefehle ertlassen, von denen etwa 13 000 zu Zwangsvollstreckungen geführt haben.

Zur Aufklärung über den Fall „Evang. Zentralbank“

en. — Anlaßlich des Zusammenbruchs der Evang. Zentralbank in Berlin muß, um irreführenden Vermutungen von vornherein die Spitze zu brechen, nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Evang. Zentralbank eine rein private Genossenschaftsbank ist und mit der evangelischen Kirche weder organisatorisch noch finanziell, noch personell etwas zu tun hat. Auch mit dem Ev. Bund bestehen keinerlei Verbindungen. Das Gleiche kann bezüglich des Württ. Landesverbandes der Inneren Mission festgestellt werden. Die Gründung der Ev. Zentralbank erfolgte im Jahre 1923. Weder der Deutsche Evng. Kirchenausschuß noch eine einzige deutsche Landeskirche waren an der Bank irgendetwas beteiligt. Auch die Kammerrechnung entzog sich jeder Einwirkung seitens der Kirche. Die amtliche Kirche hat jede Empfehlung der Ev. Zentralbank in irgend einer Form abgelehnt und wußte von Anfang an strengste Zurückhaltung. Da es sich schon beim Zusammenbruch der Denabank gezeigt hat, wie verberend sich die Verwendung des Namens „Evangelisch“ bei Unternehmungen auswirkt, auf deren Arbeit und Geschäftsgebarung die evangelische Kirche keinerlei Einfluß hat, trat man kirchlicherseits mit dem Reichsjustizministerium in Unterhandlungen ein zwecks Erreichung des Rechtschutzes gegen mißbräuchliche Verwendung der Bezeichnung „Evangelisch“ oder ähnlicher den Anschein kirchlicher Legitimation erweckender Bezeichnungen durch private Unternehmungen. Als die Ev. Zentralbank Ende August 1931 ein Werbeprospekt versandte das den Eindruck erweckte, als ob die Bank mit der evang. Kirche in Verbindung stünde, wurde sie durch Schreiben des Kirchenausschusses ersucht, die zu Mißverständnissen Anlaß gebende Firmierung zu ändern und bei ihren Werbungen und Bekanntmachungen alles zu vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, als ob die organisierte Kirche hinter der Bank stünde. Leider gibt es bis heute keine Möglichkeit für die Kirche, sich gegen den Mißbrauch des evangelischen Namens für rein private geschäftliche Zwecke zu schützen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die Alta-Wahlen an der Berliner Universität hatten folgendes Ergebnis: Bei einer Gesamtziffer von 12 587 immatrikulierten Studierenden wurden 5834 gültige Stimmen abgegeben, was einer Wahlbeteiligung von 46,6 Prozent entspricht. Es erhielten Liste 1 (Nationalsozialisten) 3794 Stimmen, gleich 65 Sitze, Liste 2 (Stahlhelm und Deutschnationale) 1155 Stimmen gleich 20 Sitze, Liste 3 (Korporationsstudentische Liste) 850 Stimmen gleich 15 Sitze.

Finländischer Protest gegen den deutschen Butterzoll. Die finnländische Gesandtschaft in Berlin, Wuelfsohl, überreichte dem Reichskanzler eine Note, die einen Protest gegen die Erhöhung des deutschen Butterzolls enthält.

Abtuz des Rekordfliegers Stinson. Der Rekordflieger und Flugzeugfabrikant Edward Stinson stürzte in der Nähe von Chicago mit seinem Flugzeug ab und erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Drei Passagiere wurden ebenfalls schwer verletzt.

Schüler als Autodiebe. Die Kriminalpolizei in Frankfurt a. M. hat drei Schüler einer höheren Lehranstalt festgenommen die lei Wochen Autodiebstähle begangen haben. Sie unternahmen mit den gestohlenen Wagen Schwarzfahrten und liehen die Wagen dann in irgend einer abgelegenen Gasse stehen.

Geheimrat Dr. von Fren gestorben. Geheimrat Professor Dr. med. Max von Fren, der seit 32 Jahren an der hiesigen Universität den Lehrstuhl für Philosophie innehatte, ist im 80. Lebensjahre in Würzburg gestorben.

Professor Max Stange, der Ehrenformeister des Erffischen Männergesangsvereins und des Berliner Sängerbundes, starb im Alter von 78 Jahren. Bereits mit 25 Jahren wurde Stange Lehrer an der Hochschule für Musik in Berlin und bekleidete dieses Amt 41 Jahre lang. Im Jahre 1901 wurde ihm der Professortitel verliehen. Gleichzeitig übernahm er auch die Leitung des Erffischen Männergesangsvereins, dem er 30 Jahre lang vorstand.

Schweres Bergwerksunglück in Südbahes. In einem Bergwerk im Rhondetaal in Südbahes wurden durch eine Explosion vier Bergleute getötet. Von den 30 im Schacht befindlichen Bergleuten konnten 20 gerettet werden. Man befürchtet, daß die übrigen sechs nicht mehr am Leben sind.



Urteil im Moskauer Eisenbahnprozess

Moskau, 26. Jan. Der Oberste Gerichtshof der Sowjetunion hat wegen des Zugzusammenstoßes auf der Station Rossino bei Moskau, bei dem 68 Menschen ums Leben kamen, das Urteil gesprochen. Der Lokomotivführer und der Stationsvorsteher von Rossino erlitten Freiheitsstrafen in Höhe von je 10 Jahren. Fünf weitere Angeklagte wurden zu 1 1/2 bis 8 Jahren Gefängnis verurteilt.

Rundfunk

Donnerstag, 26. Jan.: 6.15 Uhr Gemischt, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 14.30 Uhr Spanischer Sprachunterricht, 15 Uhr Englischer Sprachunterricht, 15.30 Uhr Stunde der Jugend, 16.30 Uhr Caritasvortrag: Volkston als soziale Gemeinheitskraft, 17.05 Uhr Konzert, 18.30 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, 18.40 Uhr Vortrag: „Von der internationalen Hilfsbereitschaft für den Rotwälder“, 19.05 Uhr Vortrag: Mensch und Tier im Kroneisland, 19.30 Uhr Zeit, Wetter, 19.35 Uhr Aus Frankreichs Geschichte, 20.15 Uhr Nobelpreisträger Karl Gjellerup, 20.45 Uhr Sante Stunde, 22.30 Uhr Wetter, Nachrichten, 22.40 Uhr Tonmusik.

Handel und Verkehr

Erläuterungen zum Reichsbankausweis

Berlin, 26. Jan. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. Januar 1932 hat sich in der dritten Januarwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wecheln und Schecks, Lombards und Effekten um 202,8 Millionen auf 3677,5 Millionen RM verringert. An Reichsbanknoten und Rentendankscheinen zusammen sind 189,9 Millionen RM in die Kassen der Reichsbank zurückgefloßen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 183,6 Millionen auf 4199,0 Millionen RM, derjenige an Rentendankscheinen um 6,3 Millionen auf 403,9 Millionen RM verringert. Die Bestände an Gold und dekursfähigen Devisen haben sich um 13,4 Millionen auf 1107,7 Millionen RM vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 9,8 Millionen auf 966,4 Millionen RM, und die Bestände an dekursfähigen Devisen um 3,6 Millionen auf 151,3 Millionen RM abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und dekursfähige Devisen beträgt 28,4 Prozent gegen 25,6 Prozent in der Vormoche.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 26. Jan. Weizen märk. 232-234, Roggen märk. 197-199, Brannter 168-169, Futter- und Judo, Kleingerste 153-158, Hafer märk. 139-147, Weizenmehl 29 bis 31,75, Roggenmehl 27,25-29,50, Weizenkleie 9,80-10, Roggenkleie 9,50-10, Viktoriaerbsen 21-27,50, kleine Sojabohnen 21 bis 23,50, Futtererbsen 15-17. Allgemeine Tendenz: fester. Fruchtpreise. Balingen: Haber 8-8,20, Gerste 8,20, Weizen 13,50 M. - Ellwangen: Weizen 11, Roggen 11-11,20, Gerste 8,40-8,50, Haber 8,50-8,80 M. - Ravensburg: Weizen 9,25, Roggen 11,70-12, Roggen 10-10,25, Gerste 8,95 bis 9,25, Haber 8,20-8,50 M. - Reutlingen: Weizen 12,50 bis 13, Dinkel 9-10, Gerste 8-9,50, Saatgerste 10,50, Haber 8,50-8,80 M. - Saulgau: Gerste 8,50, Weizen 11,80 M. - Ulm: Weizen 10-12,20, Roggen 11,20, Gerste 8-9,20, Haber 8-7,80 M. - Ulm: Weizen 11,70-12,20, Dinkel 8,70-9, Roggen 8,50-10, Gerste 8,20-9, Pinjen 13, Haber 7,20-8,20 M.

Wärkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 26. Januar. Zutrieb: 41 Ochsen, 43 Bullen, 281 Jungrinder, 389 Jungrinder, 282 Kühe, 1300 Kälber, 2490 Schweine; unterkaut: 5 Ochsen, 20 Jungrinder, 65 Jungrinder, 10 Kühe, 75 Schweine. Ochsen: ausgem. 29-32 (uno.), vollfl. 25-27 (25-28), fl. 21-24 (uno.). Bullen: ausgem. 24-25 (23-25), vollfl. 22-23 (uno.), fl. 20-21 (uno.). Jungrinder: ausgem. 32-35 (uno.), vollfl. 26-30 (25 bis 30), fl. 21-24. Kühe: ausgem. 22-26 (uno.), vollfl. 17-20 (uno.), fl. 12 bis 15 (uno.), ger. 9-11 (uno.). Kälber: feinste Rast- und beste Sauat 38-39 (35-37), mittl. 30-34 (29-33), ger. 26-29 (27-28). Schweine: von 240-300 Pfd. 40-42 (45), von 200-240 Pfd. 40-42 (45), von 160-200 Pfd. 38-39 (42-43), von 120 bis 160 und unter 120 Pfd. 36-38. Sauen 28-33 (28-34). Verkauf: Großvieh rubis, Ueberstand; Kälber rubis; Schweine langsam, Ueberstand. Schweinepreise, Balingen: Milchschweine 9-15 M. - Großdottwar: Milchschweine 8-15 M. - Ellwangen: Milchschweine 7-13, Käufer 25-30 M. - Balingen: Milchschweine 10-13, Käufer 25 M. - Heilbronn: Milchschweine 6-14 M. - Kirchheim u. T.: Milchschweine 10 bis 25, Käufer 25-35 M. - Saulgau: Ferkel 13-18 M. - Ravensburg: Ferkel 12-18, Käufer 20-25 M.

Horsheimer Schlachtviehmarkt vom 26. Januar. Zutrieb: 5 Ochsen, 11 Kühe, 46 Rinder, 30 Ferkel, 31 Kälber, 355 Schweine. Preise: Ochsen 28-33, Ferkel 23-27, Kühe 12-24, Rinder 31 bis 37, Kälber 34-42, Schweine 42-46. Marktverlauf: mäßig belebt.

Marktbericht der Stadtgemeinde Nagold vom 25. Jan. 1932. Viehmarkt: Zufuhr 3 Ochsen, 3 Stiere, 32 Kühe, 39 Rinder und trächt. Kälbinnen, 34 Schmalvieh. Verkauf 2 Stiere, 17 Kühe, 14 Rinder und trächt. Kälbinnen, 22 Schmalvieh. Preis pro Stück Stiere 250-360 M., Kühe 170-450 M., Rinder und trächt. Kälbinnen 157-370 M., Schmalvieh 75-147 M. Handel flau. - Schweinemarkt: Zufuhr 204 Milchschweine, 230 Käuferfleischschweine. Verkauf 179 Milchschweine, 204 Käuferfleischschweine. Preis pro Paar Milchschweine 18-32 M., Käuferfleischschweine 35-46 M. Zufuhr gut, Handel anfangs gedrückt, später lebhaft. Für ein Paar auf 105 Pfund schwere Käufer wurden 46 M. bezahlt. Marktbejahung gut. - Fruchtmarkt: Verkauf 44,00 Jtr. Weizen, Preis pro Jtr. 12,00-14,00 M., 4,00 Jtr. Saatweizen, Preis pro Jtr. 15,00 M., 2,20 Jtr. Dinkel, Preis pro Jtr. 8,50 M., 18,10 Jtr. Gerste, Preis pro Jtr. 9,00 bis 9,50 M., 20,70 Jtr. Haber, Preis pro Jtr. 7,70-8,00 M., 8,40 Jtr. Ueberbohnen, Preis pro Jtr. 8,40-8,50 M. Der Markt war sehr gut bejahung, der Handel recht lebhaft, rege Nachfrage nach Gerste. Weizen, auch zur Saat, ist noch aufgestellt in der Schrannehalle. - Nächster Fruchtmarkt am 30. Januar 1932.

Unterhof h. Wiesloch, 25. Jan. (Leures Brennholz.) Im Gasthaus „Forsthaus“ hielt das Forstamt Wiesloch die Versteigerung des Brennholzes aus dem Domänenwald Hertenberg ab, wobei für das halbe Kistler Buchen-Scheitholz 28-30 RM, und für das Halbbundert Weizen 15-17 RM, geboten wurden. Die Gebote lagen durchschnittlich bedeutend höher als bei den üblichen Holzversteigerungen im Kreisgau.

Vergleichsverfahren

Ehr. August Schlegel, Forstbaumschulen und Waldjamenhandlung in Laufen-Enach.

Konturfe

Gg. Lindrich, Pächter des Hofgutes Staufened Gde. Salach. Hermann Schellhaas, Apotheker in Jungsingen. Karl Grimm, Buchbinder in Friedenhausen. Jakob Doster, Gastwirt in Grafenberg.

Letzte Nachrichten

Ein britisches Unterseeboot verloren?

46 Mann an Bord des verunglückten englischen U-Bootes London, 26. Januar. Wie die Admiralität mitteilt, ist man ohne Nachricht von dem Unterseeboot „M 2“, das heute vormittag um 10.30 Uhr vor Portland untertauchte. Mehrere Zerstörer und Unterseeboote befinden sich auf der Suche nach ihm.

Wie die Admiralität mitteilt, hat man von dem Unterseeboot, das, wie bereits gemeldet, heute vormittag um 10.30 Uhr vor Portland untertauchte, noch nichts entdecken können. Verschiedene andere Unterseeboote und die gesamte Minenjuchflotte befindet sich an der Unglücksstelle. Das Boot, das 1450 Tonnen groß ist, ist 1920 vom Stapel gelaufen und ein Schwesterboot des U-Bootes, das 1925 im Armeekanal unterging, wobei 68 Mann den Tod fanden. Man nimmt an, daß auf dem vermissten Boot eine etwa ebenso starke Besatzung an Bord ist.

An Bord des bei Portland verunglückten englischen U-Bootes „M 2“ befanden sich 6 Offiziere und etwa vierzig Mann. Nach einer Meldung der Admiralität, die vierzig Minuten nach Mitternacht ausgegeben wurde, glaubt man, die Lage des U-Bootes drei Meilen westlich von Bill of Portland festgestellt zu haben. U-Boote von der Klasse des „M 2“ können 48 Stunden unter Wasser bleiben. „M 2“ ist mit den modernsten Rettungsorrichtungen ausgestattet, darunter einem Rettungsapparat, der es der Besatzung ermöglicht, Mann für Mann an die Oberfläche zu kommen.

Der französische Arbeiterverband fordert Abrüstung

Paris, 26. Januar. Der Allgemeine französische Arbeiterverband (C.G.T.) fordert in einem Aufruf die allgemeine Abrüstung. Er weist darauf hin, daß ein kommender Krieg nur ein Luft- und chemischer Krieg sein könne, gegen den Rüstungen und Festungen nichts vermöchten und vertritt den Standpunkt, daß die Sicherheit nur auf dem Schiedsgerichtsverfahren und der Abrüstung, d. h. auf dem gegenseitigen Vertrauen der Völker beruhen könnte.

Ein „gewundener“ Beweis

Norfolk, 26. Januar. Die Wohnung einer Frau, die man im Verdacht hatte, Alkohol zu schmuggeln, wurde von Prohibitionsbeamten durchsucht. Man fand nichts. Die Dame mußte aber im Besitz von Alkohol sein: Es roch so merkwürdig. Man schaffte sie zur Waage. Dort hat man sie, sich ihrer Kleider zu entledigen. Und dann hat man die Kleider ausgewunden. Das Ergebnis dieser Manipulation war mehr als ein Liter Alkohol, den sich die Gehegesübertreterin äußerlich appliziert hatte, um einen Nachweis ihrer Verfehlungen zu verhüllen. Nach dem erbrachten „gewundenen“ Beweis kann man sie unter Anklage stellen.

Gestorben

Bfalzgrafenweiler: Johann Gg. Braun, Jahrmann, 78 Jahre alt. Nagold: Karl Blum, 29 J. a. Sulz O.M. Nagold: Paul Sängle, Pfarrer in Auzich.

Verantwortlich für die Schriftleitung: L. L. a. U. Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig

Altensteig Karlstag

Alle Karl und Karline und deren Freunde sind auf Donnerstag abend zu einer gemütlichen Unterhaltung zu Karl Theurer freundl. eingeladen. Mehrere Karl.

Wissen Sie schon -

daß die schönste deutsche Monatschrift Westermanns Monatshefte ihren Preis nicht nur bedeutend herabgesetzt, sondern auch einen Abonnementspreis eingeführt hat?

Sie sparen gegenüber dem bisherigen Preise jährlich M. 3,60

Benutzen Sie diese selten günstige Gelegenheit und bestellen Sie noch heute bei einer Buchhandlung Westermanns Monatshefte. Sie werden für diesen Rat bestimmt dankbar sein.

Die Bestellung der Westermanns Monatshefte erleichtert die Werbung. Werber in allen Orten gelobt

Formular mit Feldern für Name, Adresse, Postamt, Bestellschein, Gutschein, Datum, Name, Beruf.

Zu haben in der Buchhandlung Lauk in Altensteig.

Unser



Inventur-Verkauf in Schuhwaren

endigt am Samstag, den 30. Januar 1932 und ist noch in vielen Artikeln günstige Gelegenheit zum billigen Einkauf geboten.

Schuhgeschäfte in Altensteig.

Nach Alte steigt wird wegen Erkrankung des Mädchens für sofort ein älteres, tüchtiges im Haushalt erfahrendes

Mädchen gesucht.

Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.

Ebhausen.

Eine 37 Wochen trüchtige



Kalbin

verkauft Müller Schill.

Bei hartnäckigem

Husten

Keuchhusten der Kinder, Bronchialkatarrh, Verschleimungen

TUMA-Hustensaft

Zu haben in allen Apotheken.

Altensteig.

Habe auf 1. März resp. 1. April in meinem Hinterhaus eine

Drei-Zimmer-Wohnung

nebst Zubehör zu vermieten Fr. Schrag „Löwen“.

Wer sucht Geld

ab Mk. 500.- in jeder Höhe Bau-, Hypotheken- und Darlehensgelder? Keine Vermittlung. Auskunft kostenlos bei D. Sigle, Pforzheim, Rheinlestr. 4. Nachw. lfd. Auszahlung. unsl. Interess.

Wenn Sie Ihre Hausbibliothek

billig vergrößern wollen, dann haben Sie jetzt die beste Gelegenheit dazu. Im Schaufenster der Buchhandlung Lauk in Altensteig finden Sie eine ganze Reihe billiger Volksausgaben zu Mk. 2.- und 2.85

Anzeigen aller Art

finden in unserer Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ die größte Verbreitung. Bei Wiederholungen wird ein Rabatt eingeräumt!